

Zeit unter Hinweis gerade auch auf die globalen Menschheitsprobleme mit offenen Angriffen auf den Begriff des gesellschaftlichen Fortschritts selbst. Sie propagieren entweder düstere gesellschaftspolitische Untergangstheorien oder beschwören den Fortschrittsgedanken mit unscharfen Konzepten vom „sozialen Wandel“, von der Schaffung einer „neuen Lebensqualität“, einer „neuen Weltordnung“ bis zum „Zurück zur Natur“. Sie wollen nicht wahrhaben, daß die historische Wende hin zu gesellschaftlichen Verhältnissen, die dem wissenschaftlich-technischen und dem sozialen Fortschritt Raum geben, mit dem Übergang zahlreicher Länder zum Sozialismus bereits vollzogen wurde. „Der Fortschritt unserer Zeit wird zu Recht mit dem Sozialismus identifiziert. Der Weltsozialismus ist ein mächtiges internationales Gefüge, er stützt sich auf eine hochentwickelte Wirtschaft, eine solide wissenschaftliche Basis und ein zuverlässiges militärpolitisches Potential. Es handelt sich um mehr als ein Drittel der Menschheit, um zahlreiche Länder und Völker, die den Weg gehen, auf dem sich die intellektuellen und moralischen Reichtümer von Mensch und Gesellschaft allseitig entfalten ... Der Sozialismus ist eine der ganzen Menschheit offenstehende reale Möglichkeit, ist ein auf die Zukunft gerichtetes Beispiel.“¹⁰

In der bürgerlichen Staatslehre treten insbesondere seit der sich verschärfenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrise des Kapitalismus ab Mitte der siebziger Jahre fortschrittsfeindliche, pessimistische Konzepte und Leitbilder in den Vordergrund. Um vorher dominierende Theorien, die den bürgerlichen Staat als „Sozialstaat“, als „Wohlfahrtsstaat“ hinstellten, die staatliche Regulierung der Wirtschaft und politische Planung versprachen, ist es hingegen recht still geworden. Vielfältige Publikationen zur „Krise des Staates“, zur „Krise der Demokratie“, zur „Überforderung“ des Staates, zur „Schwerregierbarkeit“ und ähnliches mehr spiegeln auch den Zusammenbruch von Illusionen wider, die das Beherrschen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozesse im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft für möglich hielten.¹¹ In aller Regel bleiben die bürgerlichen Staatstheoretiker jedoch nicht bei resignierenden Betrachtungen stehen. Vor allem ihre konservativen Vertreter fordern vor dem Hintergrund sich erneut zuspitzender sozialer Gegensätze ein entschiedeneres Beschränken demokratischer Rechte, „mehr Staat“ im Sinne des „Durchgreifens“ gegenüber den werktätigen Massen und zugleich „weniger Staat“ für die Monopole und ihre „freie“ Betätigung. Sie propagieren das Beseitigen aller staatlichen Regelungen, die das Profitstreben behindern und die den Monopolen im Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse gewisse Verpflichtungen im sozialen Bereich auferlegt haben.

10 XXVII. Parteitag der KPdSU. Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berichterstatte: M. S. Gorbatschow, Berlin 1986, S.9f. *

11 Vgl. E. Lieberam, Krise der Regierbarkeit - ein neues Thema bürgerlicher Staatsideologie, Berlin 1977, S. 34ff. (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, 86); Monopolmacht in der Krise, Berlin 1985, S. 21 ff.